

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER

LINKSOPPOSITION

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)  
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471Redaktion und Administration:  
XVI, Kirchstötterngasse 19/10.

Preis 15 Groschen

Juli 1933

7. Jahrgang, Nr. 132

## Zwischen zwei Faschismen?

Stehen wir vielleicht zwischen zwei Faschismen in Oesterreich, zwischen dem Nazifaschismus und dem Klerikofaschismus?

Warnend wendet sich die Sozialdemokratie an den Bundeskanzler Dollfuß. Sie hält ihm das Schicksal des bayerischen Ministerpräsidenten Held vor Augen und ruft ihm zu: «Das einzige Rettungsmittel ist Verständigung (Koalition) mit der Sozialdemokratie!» («A.-Z.» 16. Juli.) Als Medizinalrat des Kapitalismus wendet sich Bauer vom Gewerkschaftskongress an Dollfuß mit dem wohlmeinenden ärztlichen Rat: «Zweihunderttausend Arbeitslosen Arbeit würde eine viel wirksamere Bekämpfung der faschistischen Gefahr bedeuten als alle Polizeimaßregeln.» Darnach soll also der Klerikofaschismus den — Faschismus bekämpfen. Da stimmt etwas nicht.

In Wirklichkeit ist das heutige Regierungssystem nicht faschistisch, sondern bonapartistisch. Gerade der Gegensatz zwischen Faschismus und Proletariat ist die soziale Grundlage, auf der sich das heutige Regierungssystem bewegt. Diesen Gegensatz ausnützend, erhebt es sich über beide, gestützt auf den staatlichen Machtapparat, Heer, Polizei, Gendarmerie, Justiz, Bürokratie.

Nur solange halbwegs das Gleichgewicht besteht zwischen diesen beiden Lagern, zwischen Proletariat und Faschismus, nur so lange kann sich das bonapartistische System behaupten.

Nur solange als das Proletariat weiterhin gelähmt bleibt durch sozialdemokratische Koalitions-, Tolerierungspolitik, durch diese Politik des Verrates, und durch die stalinische Bankrottspolitik, die heute ebenfalls blanke Verrat ist, da sie fortgesetzt wird nach der Katastrophe, zu der sie in Deutschland geführt hat.

Nur so lange, als nicht die fortschreitende Krise weitere Teile der verzweifelnden Massen infolge des sozialdemokratischen und stalinischen Verrates in die Arme des Faschismus treibt. Die Anleihe verlängert dem Bonapartismus das Leben. Doch wenn die versengende Hitze der Krise weitergeht, wird sie den Platzregen der Anleihe bald verdunsten. Und die Krise geht weiter...

Infolge des sozialdemokratischen und stalinischen Verrates an der Arbeiterklasse treibt die fortschreitende Krise die Dinge zum Faschismus. Das heutige Regierungssystem ist bonapartistisch. Der Großteil der österreichischen Bourgeoisie, der dahinter steht, will so lange als nur möglich das gewaltige Risiko der faschistischen Diktatur vermeiden.

Die Bemühungen, die schwarz-braune Koalition zustande zu bringen, werden mit wachsendem Eifer fortgesetzt von beiden Seiten.

Einerseits unterziehen die Schwarzen die Nazis einer harten Massage, um sie reif zu machen für die «österreichische Form», um sie der schwarzen Führung einzuordnen, unterzuordnen und so zu sichern die österreichische faschistische Diktatur. Sie soll der Bourgeoisie Oesterreichs alle Vorteile der faschistischen Diktatur bringen und sie zugleich bewahren vor der «Gleichschaltung» mit Nazideutschland, davon, verschlungen zu werden von dem überlegenen reichsdeutschen Monopolkapital.

Andererseits suchen die Nazi, ohne ihr wahres Wesen aufzugeben, sich durch alle möglichen Maskierungen und Tricks in die Koalition, in die Regierung einzuschleichen, einzuschwindeln. So geht Frauenfeld bereits mit einer «Oesterreichischen Nationalen

## Nehmt sie beim Wort!

Die Bourgeoisie plant, die Lausanner Anleihe und die Innere Anleihe zur Abzahlung der Schulden des Bundes an die Nationalbank zu verwenden.

Die Sozialdemokratie wendet sich dagegen. Mit Recht verlangt sie durch die Reichskonferenz der Freien Gewerkschaften, daß diese Mittel ausschließlich verwendet werden für die Arbeitsbeschaffung. Zweihunderttausend Arbeitslose könnten so Arbeit bekommen, berechnet Bauer.

Zunächst einmal würde so Arbeit beschafft werden für 60.000 Arbeitslose durch neue öffentliche Arbeiten neben den normal vorgesehenen, unter Ausschaltung des «freiwilligen» Arbeitsdienstes (doch macht Bauer gleichzeitig Reklame für den Schwindel «Jugend am Werk»): Ausbau der Verkehrsmittel, Straßenbauten, landwirtschaftliche Mellorationen, öffentlicher Wohnungsbau, großzügige Siedlungstätigkeit.

Die Gelegenheit müsse gerade jetzt ergriffen werden, die wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten im Donauraum neu zu regeln. Dadurch würde eine solche Steigerung des Exports herbeigeführt werden, daß weitere 60.000 Arbeitslose in den Betrieben untergebracht werden könnten.

Schließlich müsse heute, da für alle nicht genügend Beschäftigung vorhanden sei, die Arbeit rationiert werden. Den 350.000, in Oesterreich noch vollbeschäftigten Arbeitern müsse die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche gekürzt und dafür müßten 70.000 Arbeitslose in die Betriebe eingeteilt werden. Daß dabei die 350.000 beschäftigten Arbeitern die Hungerlöhne um ein Sechstel herabgesetzt würden, darüber geht die Sozialdemokratie großzügig hinweg. An Stelle von 350.000 Arbeitern zu 48 Stunden bei Hungerlöhnen, die die Arbeitslosenunterstützung nicht um gar viel übersteigen, würde es dann 420.000 Beschäftigte bei 40 Stunden die Woche geben mit um ein Sechstel gesenktem Hungerlohn. Die Arbeitslosen würden also in die Betriebe kommen zu Löhnen, die ungefähr der Arbeitslosenunterstützung entsprechen, und die Beschäftigten würden dies zu be-

zahlen haben mit einer Senkung ihrer Löhne ungefähr auf das Niveau der Arbeitslosenunterstützung. Der kapitalistische Staat würde so die Arbeitslosenunterstützung für 70.000 Arbeitslose ersparen. Für die Bourgeoisie kein schlechtes Geschäft, um so mehr, als ihr «sozialistischer» Arzt damit einen Weg zeigt, die für die Bourgeoisie gefährliche Explosionsgefahr der Arbeitslosenarmee zu vermindern auf Kosten der Hungerlöhne. Verkürzung der Arbeitszeit ist notwendig, doch ohne Kürzung der Löhne! Nicht die Hungerlöhne, sondern die kapitalistischen Dickbäuche sollen opfern!

Endlich solle das Doppelverdienertum und der Zugang zum Arbeitsmarkt durch eine allgemeine, obligatorische, paritätische Arbeitsvermittlung geregelt werden, das würde 20.000 bis 30.000 Arbeitslosen Arbeit schaffen.

Wir wollen hier nicht in Einzelheiten eingehen. Sicher ist, daß auf diese Weise einer sehr großen Zahl von Arbeitslosen Arbeit verschafft werden könnte, und es ist durchaus richtig und notwendig, daß der Kampf um diese Arbeitsbeschaffung verknüpft werden muß mit dem Kampf um die politische Freiheit.

Wer bei der gegebenen Lage der im großen und ganzen durchaus richtigen, ja ausgezeichneten Ziellösung des Kampfes um die Arbeitsbeschaffung und die Wiederherstellung der politischen Freiheit jetzt entgegnet mit der sozialistischen Planwirtschaft als Aktionslosung — als Perspektive ist sie natürlich gut und notwendig —, der erleichtert mit seinem sicher gutgemeinten, doch ultralinks scheinradikalem Vorgehen gegen die eigene bessere Absicht dem sozialdemokratischen Phrasenschwindel der Bauer & Co. das verräterische Spiel.

Die Worte Bauers, die Resolution der Reichskonferenz der Gewerkschaften sind im großen und ganzen sehr gut, ja vorzüglich, soweit es nämlich darauf ankommt, Forderungen zu formulieren, ein unmittelbares Ziel aufzustellen. Doch an mehr oder weniger schönen Forderungs-

programmen mit vielfach vortrefflichen Zielen hat es die Sozialdemokratie niemals fehlen lassen.

Was wollen die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, was will die Sozialdemokratie, was will der Phrasendrescher Bauer zur Durchführung, zur Verwirklichung dieses ihres Forderungsprogramms tun? Darauf kommt es an Prüfen wir.

Die «Arbeiter-Zeitung» vom 16. Juli schreibt darüber: «Bauer rief die Arbeiterschaft auf zum Kampfe für dieses Ziel: Arbeit für 200.000 Arbeitslose! Aber er zeigte auch, daß wir dieses Ziel nicht erreichen können, solange wir nicht wieder im Parlament sind.» Nicht im Traum denkt die Sozialdemokratie daran, Arbeitsbeschaffung und Freiheitsrechte und selbst nicht das Parlament durch außerparlamentarischen Kampf zu erkämpfen. Erst soll irgendwie ohne außerparlamentarischen Kampf, also offenbar durch verräterisches Kompromiß in der Verfassungsfrage, die Wiederherstellung des Parlaments erpöckelt werden und dann erst, im Parlament, will die SP für Arbeitsbeschaffung und Freiheitsrechte in ihrer berühmten Art «kämpfen», die wir nun schon 15 Jahre erleben in einer ununterbrochenen Kette von Niederlagen der Arbeiterklasse. Das ganze Bauersche Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramm soll den Massen «Kampf» verschwindeln. In Wirklichkeit denken die Bauer & Co., denkt die sozialdemokratische Bürokratie der Gewerkschaften, denkt die Sozialdemokratie nicht im Traum an irgendeinen wirklichen Kampf. Das geht sehr deutlich hervor aus dem, was die «Arbeiter-Zeitung» weiter schreibt: «Einmütig stellt die Konferenz den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen die Aufgabe, die Forderungen in die Betriebe und die Stempelstellen zu tragen, die ganze Arbeiter- und Angestelltenschaft mit ihnen vertraut zu machen, den Verzweifelten wieder Hoffnung zu geben, den Verzagenden ein Ziel, das des Kampfes wert ist, zu zeigen und

Partei» schwanger, die in Wirklichkeit nichts ist als die getarnte, «österreichisch» lackierte NSDAP.

Wer bei diesem Spiel obliegen wird? Verschiedene Besonderheiten Oesterreichs, insbesondere das außerparlamentarische Kräftefeld, kommen den Schwarzen zugute. Für die Schwarzen wie für die Braunen wirkt der sozialdemokratische und stalinische Verrat. Für die Braunen arbeitet die fortschreitende Krise. Sie haben den Vorteil, die Schuld an der Massennot den anderen zuschieben zu können und haben so die größeren Chancen, die Massen schließlich an sich zu ziehen. Der Hinweis auf Deutschland, wo die Tatsachen die Gannerei des Nationalsozialismus entlarven, verlangsamt den Prozeß, doch er ist unaufhaltbar, wenn die Krise weitergeht. Und die Krise geht weiter... Wer immer von den beiden siegt — wenn die Krise weitergeht und sich im Lager des Proletariats nichts ändert —, so siegt der Faschismus.

Die SP verzapft weiter ihre Tiraden. Sie drischt Phrasen über Phrasen vom «Kampf» gegen den Faschismus, «vergift» aber — zu kämpfen. Sie, die durch ihre Politik der Koalition und Kapitulation die Arbeiter zur Niederlage vom 15. Juli geführt, sie, die seit dem 15. Juli unter ständiger Kapitulation und gesteigertem Winkeln nach der Koalition mit dem kapitalistischen Klassenfeind eine Position der Arbeiterklasse nach der

anderen kampfflos, verräterisch preisgab, sie geht zu den Gräbern der Juligeallenen, um durch schmaltze Begräbnisreden die Arbeiter betrogend weiter nach der Koalition zu winseln, weiter Phrasen zu dreschen, weiter in verräterischer Passivität zu verharren, weiter die Arbeiter zu verraten. Wer unter den Arbeitern den «Kampffrasen» der Sozialdemokratie weiter traut, der hilft ihr mit, die deutsche Katastrophe in Oesterreich zu wiederholen.

Das Proletariat muß den Gegensatz zwischen Schwarz und Braun ausnützen, muß sich hüten, sie zusammenzutreiben und muß eben deshalb Zurückhaltung üben, sagt Bauer im «Kampf» (Jullifft). Wohin diese großartige Taktik des Nichtstuns führt, haben wir in Deutschland gesehen. Selbstverständlich muß das Proletariat den Gegensatz zwischen Schwarz und Braun ausnützen, doch gerade das erfordert aktive Politik, das erfordert Bruch mit der Passivität, Bruch mit der Politik der Tolerierung. Bruch mit der Koalitionspolitik, Uebergang auf die Linie des konsequenten wirklichen Kampfes gegen die Bourgeoisie.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen schonungslos die Bilanz ziehen dieser fünfzehnjährigen Jahre. Sie dürfen sich durch keine der vielen Ausreden ablenken lassen. Eine Partei, die die Arbeiter von 1918 bis 1933 geführt hat — eine solche Partei hilft dem Ka-

pitalismus, hilft der Bourgeoisie, niemals jedoch dem Proletariat! Viele der besten sozialdemokratischen Arbeiter beginnen das zu erkennen und die unumgänglich notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die oppositionelle Strömung in der Sozialdemokratie verbreitert, vertieft, verdichtet sich.

Doch darf man heute in Oesterreich die Perspektive nicht nach Jahren, heute muß man sie nach Monaten einstellen! Es ist dringend notwendig, daß endlich die Nebelschwaden der sozialdemokratischen «Kampffrasen» zerrissen werden, damit die Arbeitermassen die Wirklichkeit des verräterischen Koalitionsspiels der Sozialdemokratie erkennen und an dessen Stelle zu setzen beginnen die Wirklichkeit des Kampfes. Es ist dringend notwendig, daß die wachsende oppositionelle Strömung in der SP sich bahnbrechend vor die großen Arbeitermassen trifft. Kein Wunder hilft und auch keine scheinradikalen Purzelbäume. Aber ein erster Ruf der sozialdemokratischen Linksoption in die Massen ist nötig. Sei er zunächst auch unzulänglich, er wird die Massen wecken, stärken, aufrichten und in die Wege leiten die Mobilisierung der Massen, die der bloßen Worte satt sind und die Durchführung, Verwirklichung der Losungsworte fordern.

# Die Opposition in der SPOe.

damit die Energien der Arbeiterklasse für den Kampf um Arbeit und Freiheit zu stärken.»

Bauer selbst sagt darüber: «Siegen werden zum Schluß diejenigen, die dem Volk einen Ausweg aus ihrer Not zeigen und den Mut und die Entschlossenheit haben, es auf diesen Weg zu führen... Wir müssen dafür sorgen, daß die Massen verstehen, daß wir um die Freiheit und um die Macht der Arbeiter kämpfen... Was wir damit praktisch erreichen können, das wird davon abhängen, in welchem Maße wir es verstehen werden, diesen Ruf nach Arbeit und Freiheit, dieses konkrete Arbeitsbeschaffungs- und Forderungsprogramm zu den Massen zu tragen und dort zu einem entschlossenen Willen zu gestalten.»

Schorch sagt darüber: «Ich bin davon fast überzeugt, daß der Appell Bauers, jetzt mit der Arbeitsbeschaffung hinauszugehen, wirksam werden wird bis in die kleinste Hütte des Proletariats. Ja, noch mehr, vielleicht auch bei den bürgerlichen Parteien wirksam werden wird. Vielleicht werden auch sie zu der Erkenntnis kommen, daß es unvermeidlich ist, nicht zu erkennen, wohin die (kapitalistische) Die Red.) Wirtschaft kommt... «Wir dürfen nicht verzagen und haben ruhig abzuwarten, bis unsere Zeit gekommen ist» (A.-Z.) vom 17. Juli).

Die Reichskonferenz selbst sagt darüber in der Resolution: «Die Konferenz rufte das Volk zum Kampf für diese Forderungen auf. Aber ein wirksamer Kampf setzt die Rückkehr zur Verfassung, die Wiederherstellung der Freiheitsrechte der Arbeiterklasse und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes voraus...»

«Ales in allem: Phrasen, nichts als Phrasen. Der Delegierte Mohr aus Steyr traf mit seinen Worten den Nagel auf den Kopf: «Wir müssen weniger Worte der Begeisterung auf der Konferenz reden, als einmal ersuchen, Programme, die wir einmal aufgestellt haben, in die Tat umzusetzen.»

«Der schönen Worte sind genug gewechselt, Mobilisierung der Massen zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramms, darauf kommt es an! Nehmt sie beim Wort! In allen Betrieben, Stempelstellen, in allen Sektionen und Bezirken der SP, in allen Zahlstellen und Gewerkschaften, überall müssen die Arbeiter die Sozialdemokratie nun beim Wort nehmen und den wirklichen Kampf um die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramms fördern. Den wirklichen Kampf unmittelbar um die Arbeitsbeschaffung, um die Wiederherstellung der Freiheit, um die Wiederherstellung des Parlaments, um die Wiederherstellung der Demokratie mit der Perspektive der Aufrichtung der Arbeitermacht.»

Die proletarische Opposition in der SP hat die Aufgabe, gegen die nur mit Worten spielenden sozialdemokratischen Spitzen den Massendruck von unten zu entfachen und ihm durch konkrete Kampfanträge die Richtung zu geben. Diese dürfen nicht überspitziert sein, damit es dem die SP führenden Kleinbürgertum unmöglich sei, die Massen foppend, sich weiter um den Kampf zu drücken. Die Kampfanträge, zuerst in die Massen getragen, müssen so gewählt sein, daß sie breite Massen für sich gewinnen. Überall wird so die Opposition, indem sie diese Kampfanträge stellt, breite Resonanz und Unterstützung bei den Massen finden. So werden die sozialdemokratischen Spitzen vor die Alternative gestellt: entweder den Weg des Kampfes für ihr eigenes Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramm wirklich zu betreten (dann muß sie die Opposition durch ständige Stelgerung des Massendrucks auf diesem Wege festhalten und vortreiben) — oder aber sich vor den Massen zu entlarven und so immer größere Massen in das Lager der proletarischen Opposition zu drängen\*).

Nehmt sie beim Wort!

\*) Das Schwergewicht der Anträge muß liegen in dem Vorschlag konkreter Aktionsmaßnahmen. Um davon nicht abzulenken, soll sich gerade darum die proletarische Opposition in der SP trotz aller Bedenken in eine Auseinandersetzung über den nach mancher Hinsicht bedenklichen Inhalt der sozialdemokratischen Zielforderungen jetzt nicht einlassen, sondern alles auf die Frage des wirklichen Kampfes konzentrieren. In der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit freilich muß die Opposition Verbesserungsanträge stellen, den Antrag nämlich, die Forderungen der Arbeitszeitverkürzung unweigerlich zu verbinden mit der Forderung nach unverkürztem Lohn.

Anmerkung der Redaktion: Vor wenigen Tagen ging uns dieser Aufsatz von einem führenden oppositionellen Arbeiter zu, den wir mit Rücksicht auf seine Bedeutung unseren Freunden und Gesinnungsgenossen nicht vorenthalten wollen, ohne daß wir uns natürlich mit dem gesamten Inhalt einverstanden erklären.

In den Organisationen des Proletariats hat es zu allen Zeiten seiner Geschichte verschiedene Strömungen und Richtungen gegeben, alle geleitet von dem Bestreben, das Richtige zu tun im Interesse des arbeitenden Volkes. Schon Karl Marx mußte einen zähen und hartnäckigen Kampf gegen Michael Bakunin führen, um den damals sehr mächtigen Anarchismus niederzukämpfen, was ihm auch gelungen ist, denn von dieser Bewegung ist nichts übrig geblieben als ein paar bescheidene Einzelgänger und ein immer mehr verschwindender Einfluß in den Ländern des lateinischen Sprachstammes.

Ein gefährlicherer Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus ist jedoch der Reformismus, der in der Aufwärtsbewegung des Kapitalismus entstanden und heute noch tonangebend in den meisten Arbeiterparteien Europas ist. Daran änderte sich auch nichts, als infolge der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage innerhalb der Arbeiterparteien eine Spaltung eintrat, um die Proletariermassen wieder zu den Lehren von Karl Marx zurückzuführen. Ja sogar die in der Kommunistischen Internationale vereinigten Parteien wurden nicht verschont von solchen Richtungsstreitigkeiten.

Während aber diese Parteien immerhin bei allen Differenzen und allen Fraktionskämpfen Marxisten blieben, ist es in den sozialdemokratischen Parteien ganz anders; hier liegt das Problem viel tiefer. Es mag dahingestellt bleiben, ob es richtig war, in bestimmten politischen Situationen derartige Zweigparteien streng marxistischer Richtung zu errichten und man muß wirklich manchmal die Daseinsberechtigung solcher Organisationen verneinen, wenn sie zum Überfließ noch dazu eine gänzlich falsche Politik betreiben. Allerdings werden die kommunistischen Genossen die Existenzberechtigung bejahen, aber es handelt sich momentan nicht um diesen Streit, denn ob man nun die Existenzberechtigung verneint oder bejahen, wir haben eben mit der Tatsache zu rechnen, daß solche Parteien existieren.

Trotz der strengen Scheidung im Jahre 1918 blieben in den sozialdemokratischen Parteien eine Menge ausgezeichnet guter marxistischer Elemente zurück, ja sie wurden im Verlaufe der vielen Jahre noch verstärkt durch die ungemene Härte der Kämpfe der Klassen, aber auch herausgebildet in steter Erziehungsarbeit durch die wirklichen Marxisten.

Es hat in der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs nie an Menschen und an Fraktionen gefehlt, die immer wieder das Parteistuer nach links reißen wollten, nach links, das heißt wieder zurück zur Grundlinie des Marxismus. Und dieses strenge und ewige Suchen des richtigen Weges, der zu gehen ist, ist in Wahrheit die Aufgabe jeder proletarischen Klassenkampfpartei, die sich ihrer Aufgaben vollkommen bewußt ist, namentlich in einer Zeit, da sich der Kapitalismus auf absteigendem Ast bewegt.

Man könnte, auf eine Formel gebracht, sagen: Die marxistische Opposition in einer reformistischen Partei kämpft um das Festhalten an der Grundlinie des Marxismus, während die herrschende Parteirichtung gewöhnlich nur ihre Stellung verteidigt, die mehr oder weniger nichts anderes ist als die äußerst linke Position der Bourgeoisie.

Während aber die Richtungen und Strömungen, besser gesagt die Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Parteien bei aller Verschiedenheit der Auffassung nur geringfügige Abweichungen aufweisen — wenn wir von dem großen Unterschied des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Stalinismus absehen — ist eine Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und auch der anderen Länder vor ganz andere Aufgaben gestellt.

Denn während es sich bei den erstgenannten Parteien nur um rein proletarische Organisationen handelt, die ihren Charakter nicht um ein Haar aufgegeben haben, ist die Sozialdemokratische Partei zwar eine ungeheure Massenpartei des Proletariats, aber eine, und das ist das Wesentlichste, mit einem sehr starken kleinbürgerlichen Filzgel, der fongabeng ist in der Partei und führend ist zu allen Zeiten, namentlich

dann, wenn entscheidende Probleme zu lösen sind.

Wir können an der Tatsache nicht vorbegehen, daß die Kleinbürger in der sozialdemokratischen Partei führen, Kleinbürger in volstem Sinne des Wortes, denn ihre ökonomische Basis und ihre gesellschaftliche Lagerung und damit auch ihre Bewußtseinsform ist eine ganz andere wie die des Proletariats.

Und dieses kleinbürgerliche Element ist enorm stark. Man kann ruhig behaupten, sie befinden sich an allen entscheidenden Positionen, von der obersten Führung bis zur letzten Lokalorganisation. Das macht die Stellung einer proletarischen Opposition besonders schwierig und kompliziert.

Es hat im Laufe der Geschichte der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs mehrere Oppositionen gegeben, allerdings zu verschiedenen Zeiten.

Die zwei bedeutendsten darunter sind: erstens die von Friedrich Adler im Verein «Karl Marx» geführte Richtung, die die Kriegspolitik, den Sozialpatriotismus der Partei hartnäckig bekämpfte, die aber in den Tagen des Umsturzes wieder den Weg zur heimatlichen Scholle zurückfand, weil sie sozialpazifistisch war, also die kleinbürgerliche Grundlinie mit dem Sozialpatriotismus teilte.

Die zweite, bedeutungsvollste, war die von Josef Frey geführte, die in den Jahren 1910 und 1920 gegen die Kapitulations- und Versöhnungspolitik Sturm lief. Sie war die erste proletarisch-revolutionäre Opposition in der Sozialdemokratie mit der proletarischen Diktatur als Hauptziel.

Die Stellung der Opposition von heute, in der Zeit der drohendsten Gefahren, wo jeder Schritt im Interesse der kämpfenden Proletarier genau abgewogen werden muß, damit nicht schwerster Schaden entsteht, ist besonders schwer.

Wenn wir die Lehren von Karl Marx über die Stellung einer proletarischen Partei auf eine Formel bringen wollen, so können wir folgendes festhalten gegenüber den rechten und linken Abweichungen: Die proletarische Partei muß stets im richtigen Verhältnis sein zur Arbeiterklasse, zur Bourgeoisie, zum Staat.

Daß in diesen von Marx umrissenen Rahmen die sozialdemokratische Partei nicht hineinpaßt, eigentlich, besser gesagt, Teile über diesen Rahmen heraussehen, ist richtig. Aber wir dürfen nicht das Beharrungsvermögen der Masse vergessen, denn sonst müßte diese Trägheit der Massen bei richtiger Politik der Kommunistischen Parteien schon längst überwunden und die Sozialdemokratie in allen Ländern auf ihren kleinbürgerlichen Anhang beschränkt sein. Wir wollen hier nicht untersuchen, inwieweit die Politik nur von Moskau aus geleitet zu allen Zeiten richtig war oder nicht. Das eine steht fest: diese Politik muß heftig seit dem Tode Lenins ständig falsch gewesen sein, denn sie war nicht imstande, alle guten, marxistischen Elemente zu erfassen. In dem einzigen Lande, wo die KP wirklich gewaltige Bedeutung erlangte, sehen wir einen Zusammenbruch sondergleichen, einen Zusammenbruch, wie er sich in der Geschichte aller Arbeiterparteien, wenn wir von Italien absehen, noch nie ereignet hat. Und dies geschah in einem Lande, in dem alle Voraussetzungen der proletarischen Revolution gegeben waren: in Deutschland!

Oberste Pflicht jedes Einzelnen ist es, bekannt, dessen Lehren verwirklicht sehen will, diese Lehren im Interesse des Proletariats in die Tat umzusetzen und auf dem Posten, wo er steht, die marxistische Klärung zu vollziehen unter den Proletariermassen. Das ist das höchste Gebot der Stunde.

Es ist dies nicht nur die Aufgabe der Marxisten innerhalb der kommunistischen Richtung, sondern die wesentlichste Aufgabe auch der sozialdemokratischen Parteiopposition, die in diesem Falle nicht — und auch hier zeigt sich die fehlerhafte Politik des Stalinismus — niederknien muß, sondern die Unterstützung werden muß mit allen Mitteln, damit sie

eben diese schwierige Aufgabe lösen kann, die darin besteht, den Massen aufzuzeigen, wie ihre Partei die Lehren von Marx zugunsten der Bourgeoisie umbiegt, verwässert, verfälscht.

Die Entwicklung der letzten Zeit zeigt — der Klassegegner hat dafür reichlich gesorgt — daß eine solche Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs besteht. Sie äußert sich in den verschiedensten Formen, da sie momentan die verschiedensten Elemente vereinigt, was in der Verschiedenartigkeit der Ursachen seine Erklärung findet. Eines ist ihnen allen gemeinsam: Sie erkennen und ersehen klar und deutlich die Gefahren des Faschismus, aber jede dieser Gruppen und Richtungen vermeint ein anderes Mittel dagegen ersinnen zu müssen. Versuchen wir nun, als Marxisten diese Richtungen zu analysieren und dabei aufzuzeigen, welche Fehler sie begehen und wie es möglich ist, diese zu überwinden.

(Schluß folgt.)

## „Neuordnung im Donauraum“

Einer der Differenzpunkte zwischen Italien und Frankreich liegt im Donauraum. Italienischer und französischer Imperialismus streiten um das Übergewicht im Donauraum. Die Annexion Oesterreichs durch den deutschen Imperialismus würde die französische und die italienische Einflußsphäre in Mitteleuropa gefährden, also haben sich die beiden geeinigt, die Gleichschaltung Oesterreichs an Nazideutschland zu verhindern und eine Neuordnung im Donauraum anzustreben, die Italien und Frankreich das Übergewicht sichert und zwischen beiden das Gleichgewicht hält. Dem italienischen Interesse soll gedient werden durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Oesterreichs und Ungarins — das zwischen Gömbös und Dollfuß letzthin abgeschlossene Konsultativabkommen, worin sich beide Seiten verpflichteten, nur im gegenseitigen Einvernehmen zu handeln, war bereits der erste Schritt dazu. Indem dieses Oesterreich-Ungarn dann wirtschaftlich verbunden wird mit der Kleinen Entente, soll dem französischen Interesse entsprochen werden. Wie man sieht, ist Oesterreich dabei nur Schaurobjekt zwischen französischem und italienischem Imperialismus. Die Sozialdemokratie stellt dem entgegen die Losung der völkerrechtlichen Neutralisierung Oesterreichs. Das klingt sehr schön, ist aber blanke Illusion. Ja es ist mehr. Denn in Wirklichkeit segelt die Sozialdemokratie hinter dem französischen Imperialismus und sucht das zu maskieren durch Neutralitätsgeschrei. Daran wird gar nichts geändert dadurch, daß sich die SP am Papier vom französischen Imperialismus abzugrenzen sucht. Das Proletariat muß allem Kapitalismus entgegenstellen die proletarische Kampfeinheit front national und international. All dies sabotiert, verhindert die Sozialdemokratie in holder Eintracht mit der Stalinbureaucratie. Kampfeinheit front von SI, KI, Gewerkschaften, das muß die Antwort sein allen kapitalistischen Plänen.

## Keine Illusionen!

Nehmen wir an, alle Zölsschranken zwischen den Nachbarstaaten würden beseitigt. Würde den österreichischen Export in diese Länder vermehren? Bauer berechnet die so bedingte Aufwühlleistung für so groß, daß dadurch 60.000 Arbeitslosen Arbeit verschafft werden würde. Wir halten die Nachfolgestaatsvertrieben. Erstens haben die Nachfolgestaaten ihre eigene Industrie aufgebaut, sie ersetzen also gar viele Artikel, die sie früher von uns bezogen. Jetzt selbst. Vor allem aber herrscht in den Nachbarstaaten ebenfalls die Wirtschaftskrise, die Magazine sind dort genau so voll wie bei uns, und die Konsumkraft der Massen ist auch dort außerordentlich gesunken. Daran wird durch den Wegfall der Zölsschranken nichts geändert. Das weiß Bauer natürlich sehr genau. Aber je weniger die SP bereit ist, ihr Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramm wirklich zu kämpfen, desto mehr sucht sie ihr Programm möglichst «zugkräftig» zu machen, um die sich entfernenden Massen hinter sich zu locken und Zeit zu gewinnen.

**ZEICHNET PRESSFONDS!**

# „Linke“ Rechte

Die Max und Moritz Nr. 2, diese erste linksoppositionelle Gruppierung in Oesterreich, wächst sich nachgerade aus zu einem politischen Skandal für die linksoppositionelle Sache. Nr. 8 von «Unser Wort» liefert dafür öffentlichen Beweis.

Auf der ersten Seite, Spalte 2, Zeile 10, wird die SPD mit Recht (objektiv, das heißt der Wirkung ihrer Politik nach) bezeichnet als «bürgerliche Partei mit proletarischen Anhängern (subjektiv muß man sie bezeichnen als kleinbürgerliche Partei mit proletarischen Anhängern). In derselben Nummer auf Seite 3 wird in der Rubrik «Aus Oesterreich» die Sozialdemokratie ausdrücklich wie folgt bezeichnet: «...leider ist sie (die Sozialdemokratie), wenn auch die proletarische Partei... die Arbeiter müssen sich von dem Gängelband, an dem sie ihre Partei führt, losreißen... Was tut in dieser Lage die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie?»

Auf Seite 1 ist die SP eine bürgerliche, auf Seite 3 ist die SP eine proletarische Partei. Daß das nicht zur Klärung, aber zur Konfusion beiträgt, ist klar. Noch klarer aber ist, daß die Max und Moritz Nr. 2 da rechte Eier in ein linkes Blatt legen. Daß etwa die österreichische deutsche SP, wagen sie nicht zu behaupten. Sondern es ist eben so, daß sie in SP ihrem Wesen nach etwas anderes sei als der SP eine proletarische Partei sehen, die versage, von der man daher die Arbeiter zu einer anderen proletarischen Partei überführen müsse. In Wirklichkeit ergibt sich gerade daraus, daß sie keine proletarische Partei, sondern (subjektiv) eine kleinbürgerliche (objektiv eine bürgerliche) Partei ist, die absolute, weil klassenmäßige Unmöglichkeit einer proletarischen Reform. Im Bewußtsein der meisten sozialdemokratischen Arbeiter ist die SP eine proletarische Partei; den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, sich von dieser Illusion zu befreien, ist eine Grundaufgabe der Linksopposition und gerade darum muß sie konsequent bejähren jede Auffassung, jeden Versuch, die SP als proletarische Partei hinzustellen.

Vielleicht handelt es sich da nur um eine leicht genügend durchdrachte Formulierung. Doch der in der Rubrik «Aus Oesterreich» auf Seite 3 erscheinene Leitartikel «Trotz allem und alledem: Demokratie!» zeigt die Rechtsmeinung in Reinkultur. Der ganze Artikel ist ein lustiges politisches Spielchen über das fortwährende Geschrei der SP nach der Demokratie: «Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie endet damit», schließt der Artikel, «daß die sozialdemokratischen Geistesverwandten Oswalds (eine blödsinnig gewordene Gestalt) Osens (Gespensstern), während die morgigeren Schlage der Reaktion auf sie niederlassen, die Worte fallen: Vater Miklas, die Demokratie! Die Demokratie! Die Demokratie!»

So weit, so gut. Doch dabei bleibt der Situationsstich. Sich über das sozialdemokratische Geschrei nach der Demokratie lustig zu machen, ohne positiv die proletarische Linie herauszuarbeiten, ohne die Linie des wirklichen Kampfes für die Wiederherstellung der Demokratie konkret in ihrem ganzen Umfang samt der proletarischen Perspektive entgegenzustellen (siehe unseren Leitartikel «Keine ultralinken Illusionen» in Nr. 131), das heißt heute, daß sich in den sozialdemokratischen Arbeitermassen die Stimmung gegen die Demokratie überhaupt verbreitet und die ultralinken Illusion des «Nur mehr» für die proletarische Diktatur kämpfen wollen, das heißt, die Massen in ihren neuen Illusionen bestärken. Der Sozialdemokratie neuen Tempogewinn sichern, letzten Endes die proletarische, die linksoppositionelle Sache schwer schädigen.

Wer noch einen Beweis will, wie die Max und Moritz Nr. 2 in Wirklichkeit eingestellt sind, der lese den Satz, womit der zweite Artikel «Es geht gegen die Arbeiter» auf Seite 3, Spalte 4, schließt: «Je mehr man (nämlich die Arbeiterklasse. Die Red.) sich heute kampflös nehmen läßt, desto schwerer, desto opfervoller wird die Wiedereroberung einmal sein.» Die Entscheidung bräunt unmittelbar heran, ganz offen schreiben bürgerliche Blätter, daß die Nazi für Herbst entscheidende Dinge planen. Die Arheine kann das etwas verschleiern, aber jedenfalls nahe die Entscheidung sehr rasch. Die Per-

spektive der Max und Moritz ist auf weite Ferne eingestellt, einmal, irgendwann wird ja losgehen...

All dies zeigt, daß sich unter der Firma der ersten ersten linksoppositionellen Gruppierung in Oesterreich in Wirklichkeit urechte Rechte verbergen. Wer die Geschichte der österreichischen Partei kennt, der kann dies nicht überraschen. In der ganzen Geschichte der Partei waren die Straßer, Rieß, Potzer & Co. stets konsequent, sie haben in keiner einzigen Frage eine andere Stellung eingenommen als die rechte. Ausgenommen nur die langen Jahre, da sie politisch geschnarrt haben...

Zu den Dreck- und Prügelmethoden, von denen sich die Max und Moritz bis heute

nicht lossagen, denen sie vielmehr allen Ernstes auch heute noch anhängen und nach Möglichkeit praktizieren, kommt also politisch die rechte Grundeinstellung. Das ist kein Widerspruch. Genau so haben sie es während der ganzen Parteigeschichte gemacht. In der jahrelangen Dreck-, Schwindel-, Verleumdungs-, Hetz-, aber auch Prügelkampagne, die gegen uns planmäßig betrieben wurde, waren diese rechten Heiden höchst aktiv beteiligt, vor allem als Schützer und — Nutznießer. Heute haben sie sich eine «linke» Maske angelegt, um ihr rechtes Geschäft weiter zu führen. Es ist in der Tat ein rechtes Prachtexemplar, diese erste linksoppositionelle Gruppierung in Oesterreich...

# Seitz — Litwinow

Einer der bekanntesten kapitalistischen Rührers Amerikas, James Curley, im Nebenamt Bürgermeister von Boston, hat auf seiner diesjährigen Sommerreise gerührt, auch Wien mit seinem Besuch zu beehren. Bei dieser Gelegenheit besichtigte er unter anderem auch die Einrichtungen der Gemeinde Wien und lobte die Seitz & Co. über den grünen Klee. Die «Arbeiter-Zeitung» ist darüber vor Freude außer sich.

Eine so glänzende Gelegenheit, den Sozialpharisäern im Rathaus die sozialistische Maske vom Gesicht zu reißen, läßt sich die «rote Fahne» natürlich nicht entgehen. Da klatschen die verdienten Geißeln auf den Wiener Gemeinde-«Sozialismus»: «Er, der Vertreter der mächtigen amerikanischen Kapitalistenklasse, war nach dem Bericht der «Arbeiter-Zeitung» über die Leistungen des roten Wien «entzückt». Recht, vollkommen recht hat die «rote Fahne».

Doch wie wenn nichts geschehen wäre, veröffentlicht dasselbe Blatt seelenruhig folgende Nachricht:

«Moskau, 10. Juli. Nach von der russischen Presse veröffentlichten Meldungen soll der russische Außenminister Litwinow aussichtsreicher Kandidat für den Nobel-Friedenspreis sein. Als Begründung für die Verleihung des Nobel-Preises wird Litwinows Tätigkeit in London bei dem Abschluß der zahlreichen Nichtangriffsverträge angegeben.»

Wenn wir nicht irren, so hat im Vorjahr den «Friedens»-Preis des kapitalistischen Dynamitfabrikanten Nobel jener Mussolin bekommen... Nun, und heute bekommt ihn — Litwinow.

Warum nicht? Verdient er ihn etwa nicht? Wie nützlich muß dieser Litwinow, wie nützlich diese ganze Stalinismus der Kapitalisten sein, wie schädlich dem Proletariat, der proletarischen Revolution, daß sie dem Litwinow den Nobelpreis geben! Er verdient ihn nämlich wirklich. Gerade darum verdient er und noch mehr sein Meister Stalin vom Proletariat den Fußtritt.

# Kombiniertes Manöver

Die traurigen Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik sind so sichtbar, daß die Zweifel an dieser Politik immer größer und zu Zweifeln an der SP selbst werden. Die oppositionelle Strömung in der SP verbreitet sich Otto Bauer ruft zum «Nieder machen» der Opposition auf. «Was macht man mit solchen Leuten, die mitten in der Schlacht solche Reden führen (nämlich die Politik Otto Bauers zu kritisieren begnügen)? Nach dem alten k. u. k. Dienstreglement waren sie „niederzumachen“. Mit Recht... Wenn es gegen Arbeiter geht, wird der Menschewik Bauer, der jedem Kampf gegen die Kapitalisten angetrieben aus dem Wege geht, energisch.

Zu den ultralinken Illusionen innerhalb der sozialdemokratischen Linken haben wir in unserer letzten Nummer das vom revolutionären Standpunkt Nötige gesagt. Bauer gibt auf die ultralinken Illusionen die menschensüchtige Antwort («Um die Demokratie», «Kampf Nr. 7»). Was sagt er über die Perspektiven des sozialdemokratischen «Kampfes» zur Wiederherstellung der Demokratie? «Wir wollen heute nicht erwägen, wie sich einmal der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung in Europa vollziehen wird. Wir wollen heute nicht untersuchen, was geschehen kann, wenn einmal die faschistische Diktatur in Deutschland im Elend der Inflation oder im Blut des Krieges zusammenbrechen wird. Uns beschäftigt heute nur die Frage, was unter den gegenwärtigen Kampfbedingungen das Kampziel der österreichischen Arbeiterklasse sein muß.» Bauer verschweigt also die Perspektive des «Kampfes» der SP. Warum? Weil sich die SP den Weg offenhalten will für «alle Möglichkeiten». Für welche? Für die Herstellung der Koalition mit der Bourgeoisie.

Pollak («Zwischen zwei Faschismen», «Kampf Nr. 7») geht diesem «Kampf» die Perspektive: «Ueber 1918 hinaus» was meint er damit? Die Aufrichtung der Arbeitermacht? Warum spricht er das nicht aus? Nein, er meint genau dasselbe wie Bauer, auch er gibt als Ziel die Koalition, nur meint er die raffinierteste Form der Koalition, die sozialdemokratische Alleinregierung.

Wie aber muß nach Bauer der «Kampf» um die Wiederherstellung der Demokratie geführt werden? «Ständiger Protest, ständige Aktivität, ständige Bereitschaft zu einem zu allen Opfern bereiten Kampf... die Arbeiterklasse in der entschlossenen Bereitschaft erhalten, sich nicht kampflös niederwerfen zu lassen, das Kampf um allerwichtigste Aufgabe in unserem Kampf um die Demokratie», sagt Bauer. Worte, hohle Phrasen, denen die Tatsache gegenübersteht, daß die SP außer Worten nicht das Geringste unternimmt, um den wirklichen Kampf zur Wie-

derherstellung der Demokratie, nicht auf dem Papier, sondern auf dem realen Kampfboden, in Schwung zu setzen.

Wieder kommt Pollak «von links» Bauer zu Hilfe. Er verlangt eine «praktische Umstellung auf alle Formen des außerparlamentarischen Kampfes». Er verlangt eine «entschiedene außerparlamentarische Politik». Auf dem Papier klingt das sehr schön, doch was macht die SP in dieser Richtung wirklich? Nichts! Denn es wäre in dieser Lage leistungsfähig, irgendwelche Möglichkeit zu verschütten, die uns die Verknüpfung mit der demokratischen (kapitalistischen. Die Red.) Elementen der Regierungslager über die Rückkehr zur Demokratie erteilten kann», sagt Bauer. «In solcher Lage müssen wir die Gegensätze im bürgerlichen Lager ausnützen und der Arbeiterklasse Bundesgenossen im bürgerlichen und bäuerlichen Lager zu gewinnen suchen... Wir haben darum größte, schmerzlichste Zurückhaltung und Selbstbeherrschung über müssen... Vor die Wahl gestellt, die Massen zu außerparlamentarischen Aktionen zu mobilisieren, damit jedoch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit (Koalition) mit bürgerlichen «Bundesgenossen» zu verschütten, entschieden sich die Bauer, Pollak & Co. für die außerparlamentarische Aktion — auf dem Papier, um praktisch weiter koalieren, das ist jetzt tolerieren zu können. Als kleinbürgerliche Partei ist die SP auf alle Fälle für die Koalition mit der Bourgeoisie, selbst dann, wenn diese auf die SP läuft.

Die Bauer-Pollak verzapfen einfach «linke» Phrasen in einem Spiel mit verteilten Rollen. Der Zweck des Manövers ist, den schwer enttäuschten sozialdemokratischen Arbeitern vorzuschwindeln, eine Opposition sei ja gar nicht nötig, Bauer und Pollak würden alles Nötige selbst deckeln. Neue Illusionen, neuer Glaube an die SP-Führer soll so unter den Arbeitern und insbesondere unter den Oppositionellen hervorgerufen werden.

Pollak wirft für die oppositionellen Sozialdemokraten noch immer ganz besondere Köder aus. «Der Partiaparat ist überaltert und daher unelastisch geworden. Von den älteren Genossen reden zwar manche gern von den „alten Zeiten“, sie vergessen aber ebenso gern, daß sie selber weiter körperlich, noch seelisch, noch sozial dieselben sind wie damals, als sie als junge Menschen die Anforderungen der Kampftätigkeit erfüllten. Dennoch ist diese Umstellung des eigentlichen Gebot der Stunde!» Zweifelt will Pollak mit dieser Lockspise erreichen. Erstens will er glauben machen, daß eine personelle Aenderung der SP-Führung eine Aenderung der SP-Politik wäre. Daß das nicht so ist, daß ein Führerwechsel an dem Klassencharakter der SP,

an der Grundlinie ihrer Politik gar nichts ändert, haben wir schon öfters gezeigt. Zweitens jedoch wirft so Pollak den Oppositionellen einen Köder hin, um ihnen ihre oppositionelle Einstellung gegen Karrierechancen abzukauken. Der Partiaparat ist überaltert, man muß ihn aufbrechen und da kann der, der und der hinein kommen, aufsteigen zu den Tausendschilling-Burenkraften, wenn er ruhig ist und die Grundlinie der SP überhört...

Das kombinierte Manöver wird den Bauer, Pollak & Co. wenig helfen. Sie können Einzelne einschüchtern, mit Geld und Posten korumpieren, doch die Quelle der Unzufriedenheit verschütten können sie nicht. So müßten sonst ihre eigene Politik aufgeben. Und die Ereignisse sprechen eine zu deutliche Sprache. Die oppositionellen Genossen in der SP dürfen sich durch dieses Manöver der Bauer-Pollak nicht aufhalten lassen. Die Zeit ist heute ein entscheidender Faktor. Zeit verlieren heißt heute alles verlieren. Die proletarische Opposition in der SP muß alle Schwindelmanöver, die darauf hinauslaufen, die Arbeiter zu betrogen und der Opposition Tempoverluste beizubringen, sie zu versetzen, durchkreuzen. Dazu ist als erstes notwendig: die proletarische Opposition muß als solche öffentlich hervortreten, damit die Massen in der SP endlich sehen, daß Kälte am Werke sind, die ehrlich und ernstlich die Arbeiterklasse auf die proletarische Linie des Kampfes führen wollen und dazu die richtigen Lösungen geben.

# Amerikanische Gannerei

«Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne in Amerika», so tönt es durch den sozialdemokratischen Blätterwald. Wieder werden die kapitalistischen Blattsauger Amerikas den österreichischen Kapitalisten als Muster hingehalten. Was ist die Wahrheit?

Wie war es 1922? Die Bourgeoisie entwertete durch Inflation den Goldlohn. Durch dieselbe Inflation trieb sie die Warenpreise in die Höhe. Durch beides sankte sie gewaltig den Reallohn. Um darüber die Arbeiter zu täuschen, steigerte sie immer ein wenig den Goldlohn, doch so, daß diese Steigerung in Goldlohn immer wieder weit zurückblieb hinter dem Sinken des Reallohn. Genau dieselbe Gannerei machen heute die Kapitalisten Amerikas. Nur machen sie es noch raffiniertes, indem sie das Heben des Goldlohnes nach verbinden mit einer Kürzung der Arbeitszeit. Doch Goldlohn + Kürzung plus Arbeitszeitverkürzung in solchem Ausmaß, daß sie in jedem Fall weit geringer sind, als der durch die Inflation verwirklichte gewaltige Raub an Reallohn. Gerade darüber schweigt sich die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse wohlweislich aus.

Der erste Zweck also der «großartigen» Politik Roosevelts ist, die Arbeiter und Angestellten, alle, die von Lohn und Gehalt leben, zugunsten der Großkapitalisten schamlos auszuplündern. Der zweite Teil seines Programms besteht darin, die möglichst große Zahl kleiner und mittlerer Betriebe in Industrie, Handel und Landwirtschaft durch Inflation zu liquidieren und alle übrigen Betriebe zu konzentrieren und noch mehr als bisher in die Abhängigkeit von den großen Bankräubern zu bringen. Die Klein- und Mittelkapitalisten werden den großkapitalistischen Hyänen geopfert. Und alles das zusammen hat drittens den Hauptzweck, einen gigantischen Raubfeldzug auf dem Weltmarkt zu eröffnen, möglichst große Stücke des internationalen Absatzmarktes an den amerikanischen Kapitalismus zu reißen. So soll der Kapitalismus in U. S. A. aus der Krise gerettet werden auf Kosten der anderen Länder.

Daß diese sich wehren werden, liegt auf der Hand. Daß dadurch die Weltwirtschaftskrise verschärft wird, daß alle wirtschaftlichen und politischen Gegensätze dadurch aufs äußerste zugespitzt werden, die Ereignisse der nächsten Zeit werden das zeigen.

# „Kreditausweitung“

Die SP ist am Ende ihrer Weisheit: Zeit gewinnen, Irgendwie wenigstens für den Augenblick eine Erleichterung, was dann kommt, darüber muß man sich dann den Kopf zerbrechen. Tun, als ob man was täte, ist der Sinn der Reichskonferenz der Gewerkschaften und ihres «Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramms». Darum auch «Kreditausweitung» durch — Inflation. Die Schorch & Co. sind für offene Inflation zur «Schaffung von Kaufkraft, zur Befebung des Marktes». Wie gewöhnlich, übernimmt es der Zentral Bank, für das, was die Rechten wollen, die «linke» Formel zu liefern. Er leht in Worten die Inflation ab, er ist nur für eine «Kreditausweitung», nämlich — durch vermehrte Notenausgabe, er ist also tatsächlich für die Inflation.

**Weder Sozialdemokratie, noch Stalinismus die österreichischen Arbeiter haben in Wirklichkeit keine proletarische Klassenpartei. Darauf hinzuwirken, die Vorarbeiten zu leisten für die Schaffung der wirklichen proletarischen Klassenpartei ist die Grundaufgabe der Linksoption.**

# Laßt Euch nicht täuschen!

Die Schwierigkeiten der Nazidiktatur in Deutschland wachsen gewaltig. All die großen Versprechungen, womit Hitler die Massen gelockt, erweisen sich als Betrug. Die Enttäuschung in den Mittelschichten in Stadt und Dorf hat begonnen. Da und dort wiederholen sich immer wieder Rebellionen selbst in der SA, Rebellionen derer, die nun von Hitler die Erfüllung seiner Versprechungen und nicht mehr den Terror selbst gegen die Erfüllung des Nationalsozialismus verlangen, aber aussonderte der Kapitalisten und herrschenden Wohlleben der Bourgeoisie und ihrer schastischen Oberkassen sehen.

Dies sind sehr bedeutsame Erscheinungen, die sich in einem erfreulichen Tempo entwickeln und zweifellos an Schärfe weiter anschwellen werden. Bankrotteure vom Schlage der Renner & Co. suchen darauf hinweisend den Arbeitern inszureden, das deutsche Volk werde sich in absehbarer Zeit von innen her auflösen und sich auflösen (A-Z, 5. Juli). Nichts gefährlicher als diese Illusion, die die Arbeiter bewußt von der Grundaufgabe ablenkt, ohne die in Deutschland keine wirkliche Wending für die Arbeiterklasse herbeigeführt werden kann. Nur wenn eine (illegale) proletarisch-revolutionäre Klassenpartei die Anstrengungen der Arbeiter lenkt, verbindet, organisiert, richtig leitet, das heißt, leitet auf der Linie des internationalen revolutionären Realismus, leitet auf der Linie von Marx-Lenin, nur dann werden sie die faschistische Diktatur stürzen, nur dann werden sie sie ablösen durch die Arbeitermacht, nur dann werden sie verhindern, daß sie nach dem faschistischen Mörderregime einem neuauferzogenen Schwindelregime in die Hände fallen, das die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung in anderer Form fortsetzt. Die Sozialdemokratie ist und bleibt der Arzt des todkranken Kapitalismus. Da die demokratischen Elemente sich zu schwach erwiesen, den kapitalistischen Patienten zu retten, so ließ die Bourgeoisie den Faschismus daran, damit er um Verletztet das Blut abzapfe, das zur Lebensverlängerung dem kapitalistischen Patienten nötig. Damit aber das Leben dem kapitalistischen Patienten auch dann weiter erhalten bleibe, bis die Massen die von der Sozialdemokratie herangesehene faschistische Kurfürscherbescheide davonjagen, so sind die sozialdemokratischen Aerzte des Kapitalismus schon jetzt daran, Reservestellungen, «Aufnahmestellungen» vorzubereiten, aufzubauen, die dann ihrem kapitalistischen Patienten in die Hände fallen sollen selbst nach dem faschistischen Bankrott. Versteht sich auf Kosten der werktätigen Massen, der Arbeiter vor allem!

Laßt euch nicht täuschen von den sozialdemokratischen Verrätern! Sie sind schuldig, daß die Arbeiter von der Höhe des Jahres 1918 stürzten in den Abgrund des Jahres 1933. Die erste Voraussetzung, damit die Arbeiter den proletarischen Weg aus diesem Abgrund finden, den Weg, der den Arbeitern nützt, die erste Voraussetzung dazu ist die schonungslose Abrechnung und der vollkommene Bruch mit der verräterischen Sozialdemokratie. Die baskonträre Sozialdemokratie sucht den Zusammenbruch der SPD auszunutzen zur Rettung des Stalinismus. Sie setzt Himmel und Hölle in Bewegung, um sich reinzuwaschen von der Schuld, die deutsche Revolution, die KPD, das deutsche Proletariat, in die Katastrophe geführt zu haben. Mit großzügiger Reklame sucht sie den Arbeitern, insbesondere den Kommunisten anheißend Deutschland einzuziehen, die KPD lebe, marschiere und werde das Proletariat befreien. Das Papier ist geduldig und im Betteln der Arbeiter und Kommunisten nimmt die Chaftarin Stalin und seine schamlose, eigenmächtige, nur auf ihre Macht und Pfirsünden erpichte Clique durchsicht mit Sozialdemokratie auf. Allein, auch durch den gerissensten Betrug wird kein Leinwand lebendig. Die KPD ist tot, was lebt, ist nicht eine Partei, sondern ein behaltener bürokratischer Kitzel, der sich als «KPD» ausgibt und da und dort noch ein paar Arbeiter findet, die dem Betrug hineinfallen, bis auch sie die Betrügertratte erkennend, dem Stalinismus den Rücken kehren.

Wer das verbrecherische Spiel durchschauen will, das die Stalin-Bürokratie treibt, diese Bankrotteure, die sich auf dem Rücken derelben Arbeiter, die sie in die Katastrophe geführt, nun wieder emporhospeln möchten, der muß immer wieder prüfen die politische Linie, mit der diese zur Fäulnis entartete Bürokratie an die politischen Aufgaben herantritt, der muß immer wieder prüfen, was sie den Arbeitern als Ursache der schrecklichen Niederlage hingestellt, ob sie jene Linie, die zur Katastrophe geführt, aufgibt oder auch heute noch der Katastrophe fortsetzt. Wieder hat darüber jener Heckerl im Auftrag des Zentralkomitees der «KPD» einen Artikel veröffentlicht (siehe Rundschau, Seite 789 ff.) Wir empfehlen allen Jense, die noch das Geringsste für die Arbeiter vom Stalinismus erwarten — ihre Zahl ist erfreulicherweise im Schwinden — das Studium gerade dieses Artikels. Durch den Mund Heckerls sagt die Stalin-Bürokratie über Deutschland folgendes:

1. «Die Warnung der KPD an die Arbeit...

## Arbeiterkulturbund „Spartakus“

30. Juli und 6. August: Badeausflug Zinkbach. Wenn nicht Badewetter, so Treffpunkt halb 2 Uhr Straßenbahnstation hinter der Floridsdorfer Brücke und von dort aus Partie nach Weinbaumung.

terklasse, die herannahende offene faschistische Hitler-Diktatur wurde von dieser (der Arbeiterklasse) nicht in ihrer ganzen Bedeutung verfaßt.

Schuld ist also — die Arbeiterklasse. Denn hätte sie nach Heckerl die Warnungen der Stalin-Bürokratie in ihrer ganzen Bedeutung verfaßt, so wäre die Katastrophe vermieden worden. Wie aber sah die «Warnungen der KPD» in Wirklichkeit aus? Als Bräutigam dankbar, da sagte der Stalinismus: Das sei die faschistische Diktatur! Die faschistische Diktatur sei bereits verwirklicht, nicht mehr vor der Aufgabe, die faschistische Diktatur zu verhindern stehe die Arbeiterklasse, sondern vor der Aufgabe, die faschistische Diktatur zu stützen. Als Trotzki klar bewies: Das ist noch kein faschistisches Regime, sondern ein bonapartistisches, vorfaschistisches, da machten sich die Stalin-Beamten über diese den Nagel auf den Kopf treffende Analyse lustig. Immer wieder rief die faschistische Diktatur sei bereits verwirklicht, der lenkt die Arbeiter ab von der herabzudringenden Entscheidung, der läßt die Arbeiter angesichts des rasch herannahenden Entscheidungskampfes Bräutigam ist ein Übergang, die Arbeiterklasse steht nicht nach, sondern erst vor der Entscheidung und für die gibt es die Klassenkraft der 14 Millionen deutschen Arbeiter zusammenzureihen durch die gesamte proletarische Einheitsfront von SPD, KPD, Gewerkschaften, und ihr zu helfen durch die internationale Kampfeinheitsfront von 51 Kl. Gewerkschaften! Die Stalin-Bürokratie hatte dafür nur Hohn und die linken Kommunisten, die die Losungen der LO zu verstehen begannen, sie aufnahmen und ihnen Geltung in der Partei schafften wollten, stieß sie aus der Partei, den verbrecherischen Stalin-Kurs fortsetzend.

Dasselbe wiederholte sich bei Papeu. Und dasselbe wiederholte sich bei Schlichter bis wirklich die Entscheidung kam. Da aber hatten die Stalinisten das Proletariat und selbst die KPD bereits so entworfen, daß Hitler die faschistische Diktatur aufrichten konnte, ohne Widerstand zu finden.

2. «Die KPD hatte es noch nicht verstanden, unter ihren Anhängern eine solche Massenarbeit zu entfalten, daß es ihr gelungen wäre, die Sabotage der Massenerhebung durch die SPD-Gewerkschaftsführer zu verhindern.»

Damals schrieb die ganze Stalin-Pressenägliche: Die Massen hinter der KPD! Die KPD im Vormarsch, die KPD hat die SPD überannt, die hat die Mehrheit der deutschen Arbeiter hinter sich Angesichts der krassen Tatsachen wagte es Heckerl heute nicht mehr abzulügen, daß die KPD die Massen nicht hinter sich hatte. Die Tatsache gibt er zu. Aber damit ist die wirkliche Frage überhaupt erst gestellt! Denn gerade darum handelt es sich: Warum hatte die KPD die Massen nicht hinter sich? Warum hat die Massenarbeit der KPD die Sabotage der SPD- und Gewerkschaftsführer nicht durchbrochen? Warum war die KPD nicht imstande, die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der verräterischen SPD zu lösen und unter die Führung der KPD überzuleiten? Warum?

«Jedenfalls ist es nicht gelungen, breite sozialdemokratische Massen zum gemeinsamen Streik gegen den Hitlerschen Staatsstreich heranzuziehen. Heckt in einem Anfall von Wahrheitsliebe sagt, da er das Gegenteil zu lügen nicht mehr wagen kann. Doch wieder stellt das erst die wirkliche Frage: Warum ist es der KPD nicht gelungen, breite sozialdemokratische Massen zum gemeinsamen Streik gegen den Hitlerschen Staatsstreich heranzuziehen? Und man kann und muß hinzufügen: Warum ist es der KPD nicht einmal gelungen, ihre sechs Millionen Wähler, ihre eigenen Anhänger, ja nicht einmal ihre eigenen Mitglieder zur Aktion zu mobilisieren? Warum?

«Im Februarmonat hinderte die alte parlamentarische Tradition der deutschen Arbeiterklasse, die Frage des politischen Machtkampfes richtig zu stellen... Also die alte parlamentarische Tradition der deutschen Arbeiterklasse ist schuldig, die Arbeiter sind schuldig, lügt Heckerl. Doch mit Verlaub: Die KPD wirkt doch schon seit 15 Jahren! Warum war die KPD nach 15jähriger Tätigkeit nicht imstande, die deutsche Arbeiterklasse aus der alten parlamentarischen Tradition zu lösen? Warum? Dazu kam «die legalistische Tradition der

deutschen Arbeiterklasse, ja selbst einzelner Kommunisten, welche in den Massen eine solche Einstellung verurteilte: Der Drei wird nicht so heiß gegessen, wie er gekocht wird.» Schuld ist also «die legalistische Einstellung der deutschen Arbeiterklasse... Doch mit Verlaub: Warum war die KPD mit ihrem 15jährigen Wirken nicht imstande, die Arbeiter von ihrer legalistischen Tradition zu befreien? Warum?

3. Auf diese Frage gibt die Stalin-Bürokratie durch den Mund Heckerls folgende großartige Antwort:

«Hätten die SPD und Gewerkschaften ihre Anhänger nicht zur vollständigen Unfähigkeit erzogen, dem Klassenfeind Widerstand zu leisten, dann wäre der Terror in Betrieb und Stempelstellen sicher zu einem viel größeren Massenwiderstand gestiegen.»

In demselben Artikel bezeichnet Heckerl die Sozialdemokratie nach wie vor als «Sozialfaschismus», die Sozialdemokraten nach wie vor als «Sozialfaschisten», und nach wie vor bezeichnet er die SP als «die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur».

«Die SP ist nach der Stalin-Bürokratie «die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur» und diese «soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur» hätte nach der Stalin-Bürokratie dem Klassenfeind Widerstand zu leisten... Also: Die Sozialdemokratie ist «Sozialfaschismus», nach dem allerhöchsten eigenen Wort seiner Majestät Mister Stalin und der Zwillingsbrüder des Nationalfaschismus, «der linke Flügel der faschistischen Front», und ausgerechnet der «Sozialfaschismus», «der Zwillingsbrüder des Nationalfaschismus», «der linke Flügel der faschistischen Front», der hätte nach der Stalin-Bürokratie die Massen zu der Fähigkeit erziehen sollen, dem Klassenfeind Widerstand zu leisten...

Nehmen wir einen Augenblick an, die SPD und die Gewerkschaften hätten wirklich ihre Anhänger zu der Fähigkeit erzogen, dem Klassenfeind Widerstand zu leisten: Ja, wäre dann überhaupt eine KPD notwendig gewesen? Ja, wäre es denn überhaupt jemals zur Gründung einer kommunistischen Partei gekommen? Wurde die KPD nicht gerade darum gegründet, weil die Kommunisten erkannten, daß die SP durch ihr ganzes Wesen außerstande ist, daß sie das nicht will, daß sie das nicht wollen kann vermöge ihres Klassencharakters? Wurde die KPD nicht gerade darum gegründet, weil die Kommunisten erkannten, daß die SP sich betrügerisch als Arbeiterpartei ausgibt, in Wirklichkeit aber ist eine kleinbürgerliche Partei, die Arbeiter für kleinbürgerliche Interessen ausnutzt, sie bindet an den Wagen der Bourgeoisie und unter sozialistischen Phrasen in Wirklichkeit ist der Arzt des Kapitalismus, der Schlichter, Behälter, Verteidiger der kapitalistischen Herrschaft? Wurde die KPD nicht darum gegründet, weil die Kommunisten schon im Weltkrieg den prinzipiell verräterischen Charakter der Sozialdemokratie erkannten? Wurde die kommunistische Partei nicht 1917/18/19 nicht gerade darum und dazu gegründet, um die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der sozialdemokratischen Verräterpartei zu lösen und sie überzuleiten auf die revolutionäre Linie unter die Führung der Kommunistischen Partei? Hat an diese Aufgabe die Kommunistische Partei nicht 15 Jahre intensiver Tätigkeit, 15 Jahre größerer Anstrengungen und Kämpfe darangesetzt? Welch ungeheures Opfer haben die Hunderttausende von Kommunisten in diesen 15 Jahren dazu gebracht? Warum hat all dies statt zum Sieg, statt zum Erfolg, zu der schwersten Niederlage geführt, die die revolutionäre Sache bis heute jemals erlitten? Warum?

Die sozialdemokratischen Verräter, wenn sie vor den Arbeitern keine andere Ausflucht mehr wissen, reden sich aus — auf die Bourgeoisie. Der Kapitalismus sei schuldig, die Bourgeoisie sei schuldig, schreiben sie. Aber hat sich die Arbeiterklasse nicht gerade dazu die SP geschaffen, damit sie sie gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie schütze, damit sie also von der kapitalistischen Ausbeutung befreie?

So betrügerisch die Ausrede der SP auf die Bourgeoisie, genau so betrügerisch die Ausrede der Stalin-Bürokratie auf die Sozialdemokratie. Gerade darum haben die Kommunisten die Kommunistische Partei 1917/19 gegründet, damit den Kampf, den die sozialdemokratischen Parteien verrieten, die Kommunistischen Par-

teien führen, damit sie, die sozialdemokratischen Arbeiter auf die Linie des Kampfes überleite und die unter Führung der KP geschlossene Masse zum Kampf und zum Siege führe. Warum hat die KPD diese Grundaufgabe nicht erfüllt? Warum? Warum? Warum?

Weil ihr eine Politik aufgezungen wurde, die aus Proletariat, die die KP lähmt, die Wasser war auf die Mühlen der Sozialdemokratie, des Faschismus, der Bourgeoisie: weil ihr aufgezungen wurde die Politik des — Stalinismus.

Weil eine ehrlose, eigensüchtige, macht- und geldgierige Parteibürokratie sich an die Stellen der Partei gesetzt, alle Rechte der Mitglieder mit Füßen tretend, zertrampelnd; weil das oberste Ziel dieser verbrecherischen Clique nichts anderes war und ist, ihren Egoismus zu betreiben, ihre persönlichen Machtgüste und ihr Streben nach bezahlten, gesicherten, bürokratischen Stellungen. Weil diese Stalin-Clique unter dem Mantel eines «Kommunisten» nichts als ihre egoistischen Interessen betreibt und betreibt und die kommunistischen Parteien hindert, ihre revolutionäre Aufgabe zu erfüllen. Weil sie die Arbeiter, die Kommunisten vollkommen planmäßig betrügt, insbesondere sie durch abenteurerlichen Scheinradikalismus immer wieder zu täuschen sucht über das opportunistische, nur den eigenen Interessen der Stalin-Bürokratie dienende Wesen der Stalinischen Politik.

Warum hat die KPD, versagt? Weil ihr Weg seit dem Tode Lenin ein ununterbrochenes Sündenregister ist der schwersten Verfehlungen gegen die Grundzüge der Kommunistischen Partei, der proletarischen Revolution, die die Interessen der Weltarbeiterklasse. Denn an die ersten Einheitsfrontaktien, an den «roten» Volkskämpfen, an den «roten» Tagen, an die ersten Gewerkschaftspolitik (ILO-Linie), an den Nationalsozialismus, an die nationale und soziale Betrug des deutschen Volkes, an den Sozialfaschismus usw., usw., usw.!

Über all diese ungezählten, ununterbrochenen Verbrechen schweigt die Stalin-Bürokratie. Doch nein, wir tun ihr unrecht, sie schweigt in Wirklichkeit nicht. Mit eiserner Verbrecherstirn schrie sie längst in die Welt: «Das Zentralkomitee weist mit Genugtuung auf die Feststellung des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen) hin, daß die Politik der KPD bis zum 30. Jänner richtig war und daß das EKKI die Maßnahmen der Partei seit 30. Jänner in der Fortsetzung der richtigen Generallinie unserer Partei feststellt.» Heute wiederholt das die Stalin-Bürokratie in folgender Form: «Die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands stellt gegenwärtig, wie richtig die politische Linie und die tatsächliche Arbeit des Zentralkomitees unserer Partei waren (Rundschau, Seite 788)!!!...»

Die Stalin-Bürokratie, die durch ihre verbrecherische Politik die KPD, die deutsche Revolution, das deutsche Proletariat in den Abgrund geführt, die Position der Sowjetmacht, des Weltproletariats, auf das schwerste schädigend, sie setzt heute ihre verbrecherische Politik weiter fort. Bei zur Katastrophe könnte man ihr die Entschuldigung zubilligen, daß sie guten Glaubens sei, daß sie ehrlich glaubte, mit ihrer Politik der proletarischen Sache zu nützen, obwohl die Wirkungen dieser Politik schon damals bis zum Himmel schrien. Doch heute, nach der deutschen Katastrophe, diese Politik fortsetzen, das heißt in vollem Bewußtsein handeln. Was früher Verbrechen war, ist heute Verrat, vollkommen bewußter, planmäßiger Verrat von Leuten, die keine andere Möglichkeit mehr sehen sich an der Macht, an der Futurkrippe zu halten, als durch Verrat.

Der Stalinismus setzt die Politik, die in die Katastrophe geführt hat, weiter fort. Ist es möglich, das deutsche Proletariat zu befreien mit dieser Politik, die sich auf genau derselben Linie ist umgefallen? Wieviel mehr ist es gerade umgekehrt: Um das deutsche Proletariat zu befreien, dazu ist Grundvoraussetzung die schonungslose, abrechnungsgelose Abrechnung mit dem Stalinismus. Nur wenn das gesamte SPD, verlinkert hier, wenn das gleiche, wird erstehen die neue, wirkliche KPD, die die deutsche Millionenmasse zum Siege führt über alle Feinde.

Der Stalinismus verfehlt. Noch lastet die stinkende Pest der Stalinischen Verlogenheit auf manchen Hirnen. Doch schon dringt die gesunde, klärende Luft der Linksopposition immer weiter vor. Aus dem Trümmerrhaufen, den der Stalinismus hinterlassen, beginnt sich unter dem Banner der Linksopposition der Kern der wirklichen Kommunisten zu sammeln, aus dem aufstehen wird die neue, ernste, wirkliche KPD, aufstehen wird die proletarische Revolution in Deutschland. Erst diese neue, ernste, wirkliche KPD wird all das, was sich heute spontan chaotisch als Widerstand gegen das faschistische Mörderregime zu rühren beginnt, zum durchschlagenden Massenstreik führen, zur siegreichen proletarischen Revolution.

Jeden Freitag Sitzung der Fraktion revolutionärer Bauarbeiter (Linksopposition) im bekannten Lokal.

## Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsstand Straßensbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Trafik Währingerstraße 188.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Linksopposition: Johann Bann, Wien, XVII., Liebhartsplatz 36/13. — Druck: «Inva», Wien, VII., Lerchenfelderstraße 1.

# SP-Trick in Frankreich

So wie überall, ist auch die SP in Frankreich eine kleinbürgerliche Partei, die ihr Hauptziel in der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie erblickt. Der Parteitag ließ das in voller Schärfe erkennen.

Die Rechten unter der Führung Renaudels traten für eine offene Koalition ein. Ihm traten die «Linken» mit Blum und Faure an der Spitze entgegen. So wie Renaudel stehen auch sie auf dem Boden der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Was sie trennt, ist nur die Taktik. Renaudel will offene Koalitionspolitik treiben. Blum und Faure fürchten, daß dabei zu viele Arbeiter den Verrat durchschauen und sich von der SP abwenden würden. Sie wollten also eine Taktik, die zwar auch die Zusammenarbeit verwirklicht, für die

Massen aber viel schwerer zu durchschauen ist. Sie wollten das Unterstützen der kapitalistischen Regierung «nur» von Fall zu Fall. (Blum sprach ganz offen aus, er habe nichts gegen ein Abgehen von der traditionellen grundsätzlichen Ablehnung des Budgets.) Der Wirkung nach spielen die Renaudel-Marquet und Blum-Faure nur ein Spiel mit verteilten Rollen. Beide Teile, rechts und links, sind sich einig darüber, der Bourgeoisie zu helfen auf Kosten der Massen. Renaudels Taktik würde das zu offen zeigen. Darum wirft sich Blum in ein linkes Kostüm und schleicht andere vor, die noch linker kostümiert sind. Der ganze Parteitag war ein großes Betrugsmanöver, um die unzufriedenen Arbeiter weiter hinter der SP zu halten.